



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn  
Jan von Aken, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 21. Februar 2013

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Februar 2013**  
HIER **Arbeitsnummer 2/144**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Dr. Ole Schröder

Schriftliche Frage des Abgeordneten Jan van Aken  
vom 14. Februar 2013  
(Monat Februar 2013, Arbeits-Nr. 2/144)

---

Frage:

*Wurden im Zusammenhang mit der „Modernisierung des saudischen Grenzschutzes“ und der Einbindung der deutschen Bundespolizei in Ausbildungsprogramme bzw. Ausbildungskooperationen für saudische Grenzschützer zwischen saudischen und deutschen Behörden Gespräche geführt und/oder Vereinbarungen getroffen, die auch die Küstenwache betreffen und wenn ja, was beinhalten sie?*

Antwort:

Das Engagement der Bundespolizei im Königreich Saudi-Arabien war bereits Gegenstand mehrerer parlamentarischer Anfragen. Details hierzu gehen insbesondere aus den BT-Drs. 17/6102 vom 8. Juni 2011, 17/6863 vom 26. August 2011 sowie 17/10358 vom 20. Juli 2012 hervor.

Das Engagement der Bundespolizei in der Nordregion Saudi-Arabiens (Landgrenze zum Irak) wird zeitnah abgeschlossen. Die Ausweitung des Modernisierungsprojektes und damit auch des Engagements der Bundespolizei auf andere Regionen des Landes wird derzeit konzeptionell vorbereitet. Wesentliche Elemente dieser konzeptionellen Vorbereitung waren sog. „Site Surveys“ und eine Trainingsbedarfsanalyse. Die Erörterung der Ergebnisse dieser konzeptionellen Vorbereitung und des daraus resultierenden zukünftigen Engagements der Bundespolizei in dem Projekt dauert noch an und schließt die maritime Komponente des saudi-arabischen Grenzschutzes ein.

Wie bereits in der Nordregion des Landes wird auch zukünftig das Engagement der Bundespolizei darauf ausgerichtet sein, Standardmaßnahmen der Grenzüberwachung sowie die Methodik von Führungs- und Entscheidungsprozessen zu schulen; Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze werden dabei weiterhin zu den Kursinhalten gehören.